

SO!

Informationen der SP Wädenswil

Sozialdemokratische Partei Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil
PC: 80-43003-3, so!
Nr.2/04, erscheint 3 bis 4 mal jährlich, Auflage: 8000
Preis: Abonnement Fr. 12.-, Unterstützungs-Abonnement Fr. 25.-
Druck: Arbeitszentrum am See, Wädenswil
Redaktion: Sepp Dorfschmid, Hanna Landolt, René Peter,
Martina Ulmann, Erwin Wachter
<http://www.spwaedenswil.ch>

Nein zum Sparen für die Reichsten



«Unkorrekt, untragbar, unsinnig und ungerecht» – das sagen 11 Kantonsregierungen und 70 Regierungsräte zum Steuerpaket 2004, über das wir am 16. Mai abstimmen. Vom Steuerpaket profitieren vor allem Familien mit hohem Einkommen, begüterte Hauseigentümer und Aktionäre.

Die grosse Mehrheit der Kantonsregierungen ist gegen das überladene Sparpaket. Dem Kanton Zürich und allen Gemeinden zusammen drohen eine halbe Milliarde Franken weniger Steuereinnahmen. Das Paket besteht aus den drei Teilen: «Familie», «Wohneigentum» und «Stempelsteuer». Das Stimmvolk kann über das Gesamtpaket abstimmen, jedoch nicht über die einzelnen Teile. Auch der Bundesrat war gegen eine solch fragwürdige Paketlösung, denn von einer echten Wahl kann keine Rede sein. Das ist ein demokratiepolitischer Skandal. Nach dem verwirrenden Hin und Her um den Ausgleich der kalten Progression ist das Chaos perfekt. Die hochoffiziellen Abstimmungsunterlagen aus Bern sind unterdessen veraltet, die Zahlen stimmen schlichtweg nicht mehr.

Wädenswil trägt die Lasten

Die SP-Fraktion wollte in einer schriftlichen Anfrage wissen, wie sich das eidgenössische Steuerpaket und die kantonalen Sparbemühungen auf Wädenswil auswirken. Der Stadtrat schätzt, dass das Steuerpaket vom 16. Mai Einnahmeausfälle von 6,1 Steuerprozenten zur Folge

hat. Werden alle Sparmassnahmen von Bund und Kanton umgesetzt, müsste mit einem Ausfall von rund 13 Steuerprozenten gerechnet werden. Zum Teil werden diese Ausfälle bereits nächstes Jahr wirksam. Der Stadtrat ist der Meinung, dass Leistungsabbau, aber auch Steuererhöhungen unerlässlich werden. Wenn das Parlament nicht mitmacht bei höheren Steuern, müssen die geplanten Investitionen wie auch das Dienstleistungsangebot der Stadt Wädenswil neu

beurteilt werden. Dieses Angebot ist laut Stadtrat heute schon «zurückhaltend». Was hier auf uns zukommt und alle betrifft, egal wie dick oder dünn das Portemonnaie ist, sind höhere Gebühren, Tarifanpassungen oder andere Abgaben. Oder wie sähe der Leistungsabbau aus: Zulagen für RentnerInnen werden gestrichen, Beiträge für den Hort und die Krippe werden halbiert, die Busse

fahren nur noch im Studentakt, der Kehrriech wird nur noch monatlich entsorgt, das Stadthaus bröckelt weiter vor sich hin oder verelendet der Bahnhofplatz vollends? Das tönt krass, aber der Leistungsabbau muss schliesslich substantiell sein, da 4,8 Millionen Franken jährlich eingespart werden müssen. Die

Alternative sind Steuererhöhungen auf städtischer Ebene.

Sparen als Ideologie

Und da kommt die lokale FDP und fordert Steuersenkungen von 20 Prozent. Unglaublich! Aber eben: SparpolitikerInnen geben sich «realistisch», dabei ist ihr Ziel ideologisch und pauschal: die Verringerung der Staatsquote ist oberstes Gebot. Vielmehr sollte man sich daran orientieren, welche Aufgaben sich der



Wer hat, dem wird gegeben...

Gesellschaft stellen und inwiefern der Staat wirksamer und «gemeinnützlicher» als Private zu einer Lösung verhilft. Wenn die Politik keine übergeordneten Perspektiven aufzeigen und nichts Konstruktives anpacken kann, stattdessen das

NEIN zum AHV-Abbau



Das Referendum gegen die 11. AHV-Revision ist im letzten Herbst innert bloss zwei Tagen zu Stande gekommen. Ein neuer Rekord! Insgesamt

wurden über 180'000 Unterschriften gegen die Vorlage eingereicht.

Inzwischen hat sich die Ablehnung noch verstärkt. Diverse Spardebatten und zusätzliche Steuergeschenke an die Reichen haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Ein grosser Teil der Menschen in diesem Land fühlt sich verschaukelt und sieht die «sichere AHV» zerfallen. Viele Junge glauben schon nicht mehr daran, dass sie später selber eine AHV-Rente erhalten werden.

«Wir Frauen sind wütend!», war im letzten Sommer die Devise, nachdem die rechte Mehrheit im Parlament die 11. AHV-Revision zu einer reinen Abbauvorlage umgemünzt hatte. Die Versprechen, die nach der Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 64 Jahre im Zuge der 10. AHV-Revision abgegeben worden waren, wurden vom Parlament nicht eingehalten.

So war beispielsweise die Einführung des flexiblen Rentenalters plötzlich kein Thema mehr. Obwohl es sich mit Blick auf den schlechten Arbeitsmarkt um eine sinnvolle Massnahme gehandelt hätte. Der flexible Altersrücktritt bleibt also auch weiterhin den Wohlhabenden vorbehalten, die sich eine Frühpensionierung leisten können.

Leistungsabbau für ältere Frauen

Tatsächlich handelt es sich bei der 11. AHV-Revision um eine reine Abbau-Vorlage. Und zwar die erste in der Geschichte der AHV! Die Kosten, sprich die Leistungen der AHV, werden um jeden Preis gesenkt. Und dieser Preis spielt aus der Sicht der bürgerlichen Männer wirklich keine Rolle, haben ihn doch einzig die älteren Frauen zu entrichten. Zu ihrem grossen Nachteil fällt die 11. AHV-Revision nämlich aus.

Das Rentenalter für Frauen wird bis 2009 von 64 auf 65 Jahre erhöht. Die Witwenrenten werden gesenkt oder ganz abgeschafft. Und die Renten werden nur noch alle drei statt alle zwei Jahre der Teuerung angepasst. Ein Kaufkraftverlust, der wiederum zur Hauptsache die Frauen trifft.

Nun sind Frauen viel stärker auf die AHV-Leistungen angewiesen, weil Männer in der Regel eine Pension erhalten. Die meisten Frauen sind jedoch nicht voll erwerbstätig und verdienen deshalb zu wenig, sodass sie nicht in die Pensionskasse des Arbeitgebers eintreten können. Werden die AHV-Leistungen dann abgebaut, so trifft es diese Frauen umso härter. Diese Vorlage umfasst einen Leistungsabbau von 915 Millionen Franken zu Lasten älterer Frauen.

Stopp dem Rentenalter 67

Couchepin und die Bürgerlichen wollen bei der nächsten Gelegenheit das Rentenalter 67 für alle einführen. Die Erhöhung des Frauenrentenalters auf das Rentenalter der Männer ist der erste Schritt dazu. Diesem Vorhaben gilt es jetzt schon entschlossen entgegenzutreten, denn es ist absurd! Wo sollen alle diese Seniorinnen und Senioren denn arbeiten, wenn schon viele Jungen keine Stelle mehr finden und arbeitslos werden?

Ein wuchtiges NEIN an der Urne wendet deshalb nicht nur die 11. AHV-Revision mit den genannten Nachteilen ab, sondern es setzt auch ein klares Zeichen gegen den Sozialabbau. Und dieses ist dringend nötig, denn manche Bürgerlichen würden am liebsten so weiterfahren: zuerst keine Rentenanpassungen mehr, dann Renten nur noch für Bedürftige und schliesslich die Privatisierung der AHV.

Diese Sozialabbaupolitik ist ein Verrat am Generationenvertrag, der unsere Gesellschaft seit 1948 massgeblich zusammenhält. Sie ist auch ein Verstoß gegen die Verpflichtung unseres Staates, eine solidarische Gesellschaft zu för-

dern, die bis heute die Basis unserer Leistungsgesellschaft bildet. Wer diese Basis angreift, gefährdet den Zusammenhalt unseres Staates.

Nein zur 11. AHV-Revision

Gewerkschaften und Personalverbände, linke und liberale Parteien, sozial Denkende und realistisch um sich Blickende haben sich zu einer breiten Front der Ablehnung zusammengefunden. Es ist klar: Wenn wir die Abstimmungen vom 16. Mai 2004 nicht gewinnen, dann wird die AHV ausgeschlachtet. Die nächste Abbau-Vorlage wird postwendend folgen. Schluss mit dem Sozialabbau! Nein zur 11. AHV-Revision!

Julia Gerber Rüegg
Kantonsrätin, Vorstandsmitglied
der SP Frauen Schweiz

Fortsetzung von Seite 1

Sparen zum Staatszweck erhebt, gibt er den BürgerInnen und KonsumentInnen das Zeichen, auch sie sollen geizen. Aber die Wirtschaft und die Arbeitslosigkeit brauchen das Gegenteil, nämlich antizyklisches Handeln, das soziale und ökologische Rahmenbedingungen erfüllt. Die Schweiz muss ihre Stärken pflegen: sozialer Friede, hochqualifizierte Arbeitskräfte, leistungsfähige Infrastrukturen. Leider beschränkt sich die bürgerliche Politik weiterhin auf abbauen, verschieben, vertrösten und möglichst wenig tun – ausser eines: sparen, sparen.

Die Alternative: Paket aufschnüren

Das Steuerpaket verdient eine wuchtige Ablehnung. Mit einem Nein am 16. Mai kann das Stimmvolk bewirken, dass das Steuerpaket aufgeschnürt wird. Dann kann diskutiert werden, wie die Familien des Mittelstandes entlastet werden können, zum Beispiel mit Kindergutschriften am Schluss der Steuerrechnung. Auch für die Wohn- und Hauseigentümer gibt es Lösungen mit einem echten Systemwechsel, das die Besteuerung des Eigenmietwertes und die Abzüge von Hypozinsen und Unterhaltskosten abschafft.

Heinz Horn, SP-Gemeinderat

Bildungsausgaben in Wädenswil



Nun will der Kanton zusätzliche Kosten auf die Gemeinden abwälzen. Will die Stadt Wädenswil die alten guten Dinge wie Handarbeit und Biblische Geschichte erhalten und die neuen, geleitete Schulen, Computer und Schulsozialarbeit, einführen, muss sie grob geschätzt 950 000 Franken aufwenden. Dies entspricht gut 2,5 Steuerprozenten.

Die Schülerzahlen sind in Wädenswil seit 1998 praktisch konstant geblieben. Von 1205 (1998) stiegen sie auf lediglich 1257 (2002). Im gleichen Zeitraum erhöhten sich jedoch die Ausgaben für die Volksschule um 29%. Beim Kanton hingegen kletterten die Ausgaben mit 16% weniger stark. Diese Zunahme erstaunt, wenn sie mit der allgemeinen Teuerung in der Schweiz verglichen wird, die seit 1998 lediglich 4% beträgt.

Geleitete Schulen

Über die Einführung von geleiteten Schulen wird es in Wädenswil eine Volksabstimmung geben. Nach den guten Erfahrungen mit den versuchsweise geleiteten Schulen möchte die Primarschule dieses Konzept in allen Schulhäusern in Wädenswil einführen. Anita Weilenmann, SP Primarschulpflegerin, erläutert deren Vorteile: «Zunächst verbessern sich die Rahmenbedingungen der schulischen Arbeit. Dadurch, dass SchulleiterInnen, die selber auch unterrichten, im Schulhaus praktisch jederzeit gegenwärtig sind, wird die Schule für Eltern und Kinder ansprechbar». Die Lehrpersonen bilden zusammen mit der Schulleiterin eines Schulhauses ein Team, das Aufgaben, die ein Schulhaus zu erfüllen hat, mitbestimmt und mitverantwortet. Zu einer geleiteten Schule gehört ein Elternrat, der den engen Kontakt zwischen Eltern und Schulteam garantiert. Ebenso gehört dazu, dass die Lehrpersonen sich gegenseitig im Unterricht besuchen und dadurch ein intensiver pädagogisch-didaktischer Austausch zwischen Fachleuten

entsteht. «Auf die Qualität des Unterrichts wird diese professionelle Kritik mehr Wirkung zeigen, als wenn Laien aus der Schulpflege den Unterricht einer Lehrperson werten. Insgesamt wird die Schule für Schulkinder, Lehrpersonen, Eltern und Behörden transparenter, die Kommunikation dichter und dadurch die Qualitätskontrolle verbessert». Das Projekt kostet 500 000 Franken.

Biblischer Unterricht oder Computer

Gespart werden soll bei der textilen und nicht textilen Handarbeit. Das sei falsch, entgegnen die Handarbeitslehrerinnen und -lehrer. Neben Kopf (kognitive Fähigkeiten) und Herz (Sozialkompetenz, emotionale Intelligenz) darf die Hand (praktische Intelligenz und Fähigkeiten) nicht vernachlässigt werden. Die Intelligenzentwicklung hänge wesentlich von der praktischen Erfahrung mit konkreten Gegenständen ab. Die Kürzung bei den praktischen Tätigkeiten erscheint ihnen, als würde einem dreibeinigen Stuhl, der immer und auf jedem Boden steht, ein Bein weggesägt. Somit fiele er hin. Nur in der Handarbeit lernten Kinder, einen sichtbaren Gegenstand fix fertig herzustellen. Zudem besuchen alle Schulkinder, auch die guten, die Handarbeit gerne.

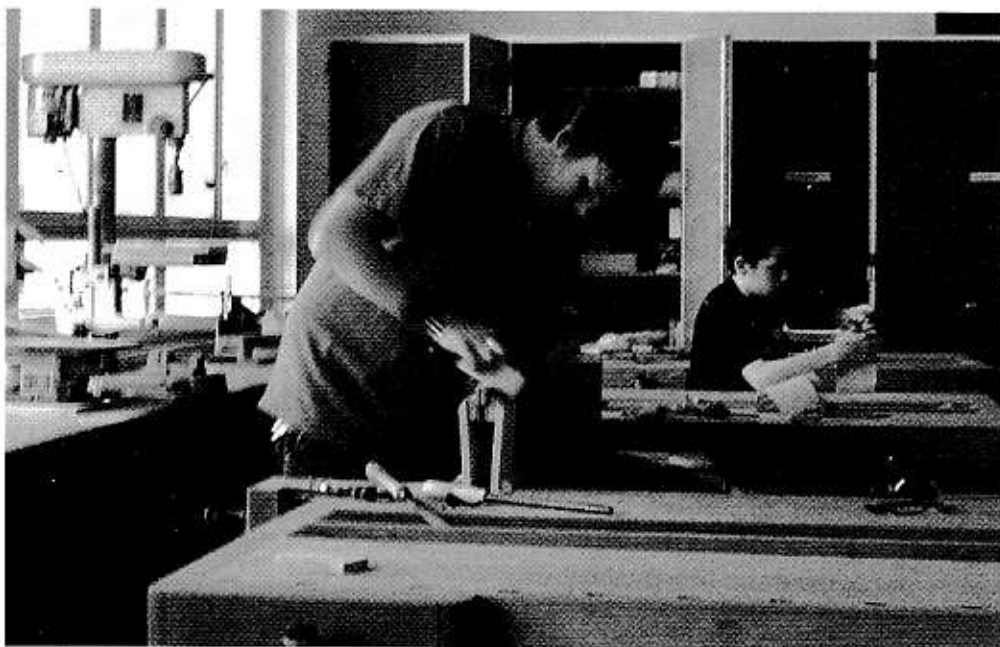
Obwohl die Beschäftigung mit der religiösen Herkunft und Kultur in Biblischer Geschichte zweifelsohne ein wichtiges Element in der Entwicklung zum mündigen Menschen ist, fragt sich mit Recht, ob der Staat diese Aufgabe wahrnehmen soll. Obliegt sie nicht viel mehr den kulturellen Institutionen, etwa den Kirchen? Der Inhalt des Faches wird ohne den Teil der religiösen Unterweisung im Fach Mensch und Umwelt beziehungsweise Philosophie und Geschichte aufgehen. Die Weiterführung von Handarbeit und Biblischer Geschichte im bisherigen Rahmen belastet das Budget mit ungefähr 200 000 Franken.

Die Schulsozialarbeit wurde in der Au erfolgreich eingeführt. Nun wird geprüft, ob sie auch im «Dorf» einzuführen sei. Das Ziel wäre, durch Entschärfung von konfliktreichen Situationen in den entsprechenden Schulhäusern, eine Beruhigung zu erreichen. Schulsozialarbeit wirkt meist positiv auf den Unterricht. Das Projekt kostet schätzungsweise 100 000 Franken.

Im Weiteren sind die Schulen mit Computern auszurüsten. Kosten: 150 000 Franken.

Was eingeführt, beibehalten oder gestrichen wird, darüber entscheidet Wädenswil diesen Sommer.

René Peter



Handarbeit: Schüler arbeiten konzentriert an ihren Projekten Foto: Ruth Hauser

Veränderungen im Gemeinderat

**Kürzlich verabschiedete die SP un-
gern ihre langjährigen Gemeinderats-
mitglieder Ursi Diener Brunner und
Andy Schulthess. Nachrücken durften
Denise Engel und Fabio Trombetta.
Die bisherigen GemeinderätInnen Ka-
trin Gross, Thomas Hartmann, Heinz
Horn, Hanna Landolt, Meike Nau Lü-
ber und Willy Rüegg freuen sich auf
die beiden neuen KollegInnen**

Mit Denise Engel und Fabio Trombetta sind am 1. März 2004 zwei neue SP-Mitglieder in den Gemeinderat nachgerückt. Denise ist in die Raumplanungskommission und Fabio in die Sachkommission gewählt worden. Beide waren 2002 auf den Ersatzplätzen der SP Liste gewählt worden.



Fabio Trombetta ist in der Au zu Hause, wo er auch seine Jugend verbracht hat. Er arbeitet in Zürich bei der Meteo Schweiz und ist aktiver Gewerkschafter. Sein Hauptaugenmerk will er auf die Kultur, die Wohnlichkeit und Lebensqualität in unserer Stadt legen. Politische Erfahrung bringt er mit aus der stadträtlichen Grundsteuerkommission.



Denise Engel lebt ebenfalls seit einigen Jahren in der Au und arbeitet bei der SBB in Zürich. Ihre Hauptanliegen finden sich in den Bereichen Soziales und Arbeit, was für sie als Gewerkschafterin nahe liegend ist. Darüber hinaus ist sie eine Kennerin des öffentlichen Verkehrs und tritt ein für einen qualitativ hochwertigen und leistungsfähigen Service Public.

Die SP wünscht den beiden neuen Gemeinderäten viel Erfolg in ihrer neuen Funktion.

Andy Schulthess wandert aus

Andy Schulthess ist Ende Februar aus dem Gemeinderat zurückgetreten und mit seiner Familie nach Australien ausgewandert. Dieser Schritt war wohl

überlegt, lange geplant und kam für uns nicht unerwartet. Dennoch wird unserer Fraktion Andys Stimme im Gemeinderat fehlen, da sind wir uns einig. Denn als waschechter Wädenswiler mit starken Wurzeln im lokalen Kulturleben war er ein gleichermaßen profilierter wie engagierter Vertreter der SP. Und wenn es etwas zu tun gab, so war Andy stets dabei. Er war immer einer, der sich nicht scheute, Klartext zu reden. Wenn ihn etwas ärgerte, so zeigte er diesen Ärger und sprach ihn aus. Er formulierte unsere Standpunkte klar und mit deutlichen Worten. Und es wurde stets auf ihn gehört, auch wenn er nicht immer durchkam mit seinen Vorschlägen.

Andy wurde 1998 auf der SP-Liste in den Gemeinderat gewählt und in die Bürgerrechtskommission delegiert. Nach seiner Wiederwahl 2002 wirkte er in der Sachkommission mit und begleitete somit fast jedes Geschäft, das in den letzten Jahren in unserer Stadt zur Debatte stand. Dabei gelang es ihm immer wieder, wichtige Akzente zu setzen, die von anderen Politikern übersehen worden waren. Besonders die Vereine, die Sportförderung und das kulturelle Leben lagen ihm am Herzen. Wiederholt legte er sich mächtig ins Zeug für die «Brättlibadi», das Volkstheater und den Fussball, aber auch für die Volksschule, die Jugendarbeit und die Wohnlichkeit in unserer Stadt. Wir wünschen Andy Schulthess ganz herzlich alles Gute in der neuen Heimat und hoffen, dass er dort ebenso zu Hause ist, wie er es immer hier in Wädenswil bleiben wird.

Ursi Diener Brunner tritt zurück

Ursi Diener Brunner wollte ihren Sitz im Gemeinderat auf ihren 50. Geburtstag, den sie letztes Jahr feierte, frei machen. Aber die Raumplanungskommission, deren Mitglied sie seit 2002 war, stand mitten in der Diskussion um die geplante Reithalle im Mosli. Daran wollte sie sich bis zum Schluss beteiligen. Das ist typisch für Ursi. Wenn sie sich etwas vorgenommen hat, bringt sie es zu Ende. Die ersten acht von insgesamt elf Jahren Gemeinderat gehörte Ursi Diener der Rechnungsprüfungskommission an. Dort legte sie Wert auf verantwor-

tungsvolle und zielgerichtete Investitionen im sozialen und kulturellen Bereich. Bald forderte sie den Zusammenschluss der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission, damit die Geschäfte der Stadt gleichzeitig von der finanziellen und der verwaltungstechnischen Seite geprüft werden können. So war es logisch, dass sie Einsitz in die Reformkommission nahm, um sich an der Diskussion zu beteiligen, die schliesslich zur Revision der Gemeindeordnung und zum Zusammenschluss der beiden Kommissionen führte. Dank ihrem ausgezeichneten Erinnerungsvermögen machte Ursi Diener in ihren kurzen und oft humorvollen Voten gekonnt auf widersprüchliche Aussagen von Ratsmitgliedern aufmerksam. Dabei war sie aber nie nachtragend. Ursi, wir lassen dich ungern ziehen.

Thomas Hartmann, SP-Präsident,
Willy Rüegg, SP-Fraktionspräsident

Liebe Leserin, lieber Leser!

Als Abonnentin oder Abonnent erhalten Sie das so! mit der Post. Das so! wird zudem von rund 20 Personen 3-4 mal jährlich in 7500 Haushalte in Au und Wädenswil verteilt. Selbstverständlich tun dies alle Personen unentgeltlich – darüber sind wir sehr froh. Merci!

Der Druck und das Papier kosten jedoch Geld – und darauf ist die SP dringend angewiesen. Wir legen deshalb einen Einzahlungsschein bei und danken herzlich für jede Abonnementszahlung (Abo Fr. 12.–, Unterstützungsabo Fr. 25.–) und/oder Spende.

Die Redaktion



Sozialdemokratische Partei

**Abstimmungsempfehlung
für den 16. Mai 2004:**

National:	
• Steuerpaket	Nein
• Mehrwertsteuersatz	Ja
• 11. AHV-Revision	Nein
Kantonal:	
• Steuergesetz (Altersabzug)	Nein